

Städtische Nachrichten.

(Siehe auch Stadt-Anzeiger.)

Köln, 25. Oktober.

Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die in Vertretung des an Grippe erkrankten Oberbürgermeisters Beigeordneter Maierath leitete, machte Beigeordneter Prof. Dr. Krautwig Mitteilungen über den Stand der Grippe in Köln, die ein sehr ernstes Bild ergaben. Besonders fallen der Seuche Frauen und Mädchen im Alter von 20 bis 30 Jahren zum Opfer, während die schulpflichtigen Kinder noch am besten wegkommen. Die Krankheit hat bis in die letzten Tage hinein noch erheblich zugenommen, doch hofft der Berichterstatter jetzt auf einen mehrtägigen Stillstand und dann auf einen Rückgang. In den städtischen Krankenhäusern befindet sich eine große Zahl von Grippekranken; gestorben sind daran vom 14. bis 23. Oktober 324 Personen oder täglich bis zu 49. Sehr groß war auch die Zahl der bei den Behörden infolge Krankheit fehlenden Beamten, Angestellten und Hilfskräfte. Leider hat die ärztliche Versorgung der Grippekranken namentlich in den Vororten zu den größten Schwierigkeiten geführt, während die städtischen Hospitäler sich dem Ansturm der Kranken noch gewachsen zeigen dank der übermenschlichen Arbeit der Ärzte, Schwestern und namentlich auch der Hospitalärzte. Von Vorbeugungsmaßnahmen, namentlich vom Schließen der Theater und Vergnügungstätten, versprach sich Prof. Krautwig nur wenig Erfolg. Zur bessern ärztlichen Versorgung, namentlich durch Schaffung von vermehrter und beschleunigter Fahrgelegenheit für die Ärzte, wurden Vorschläge gemacht; auch die Verwaltung hat zur Freigabe von Autos bereits Schritte getan. Die Unterstützung für die Kriegerfamilien wird durch verschiedene Beschlüsse der Versammlung erheblich aufgebessert, und auch das Existenzminimum wird erhöht. Von dem Gesamtarbeitsverdienst der Familien und etwaiger Arbeitgeberunterstützungen werden 50 Mark freigegeben und der Rest des Einkommens wird nur mit 50 v. H. auf die Zuwendungen aus der Kriegssammlung angerechnet. Die Zusatzunterstützung erfordert ein Mehr von rund 11 Millionen Mark. An Reichskriegsunterstützung wurden bis Ende September 1918 in Köln rund 78 Millionen Mark zur Auszahlung gebracht und an städtischem Zuschlag 66 Millionen Mark, mithin zusammen rund 144 Millionen Mark. Die Kriegssammlung gab in der gleichen Zeit rund 27 Millionen Mark aus, wozu man noch mindestens 1 Million rechnen kann für Kleidungsstücke, Wäsche, Möbel usw., die an die Kriegerfamilien gegeben worden sind. An sonstigen Kriegswohlfahrtsausgaben leistete die Stadt 13,5 Millionen Mark. Die Stadt Köln kann in bezug auf Unterstützungszulagen und besonders auf die beschlossene einmalige Teuerungszulage an die Kriegerfamilien jeden Vergleich mit andern Städten aushalten. Für Zwecke der Kriegssammlung wurden 6 Millionen Mark neu bewilligt.

Zur Deckung der erhöhten Kriegsteuerungszulagen soll, wie schon früher mitgeteilt, auch eine Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise dienen, die gestern beschlossen wurde und die rund sechs Millionen Mark aufbringen soll. Die Erhöhung trifft alle Arten von Fahrtscheinen, auch auf den Vorortbahnen. Die Redner der drei Fraktionen erklärten, daß sie dieser neuen Befastung des Verkehrs nur schweren Herzens zustimmten, daß aber die Kriegsnotwendigkeiten sie dazu zwingen. Der Einzelsfahrtschein kostet bei Einführung des neuen Tarifs, die sobald wie möglich erfolgen und spätestens am 1. Dezember durchgeführt sein wird, 20 Pfennig, während er vor nicht zu langer Zeit bereits von 10 Pfennig auf 15 Pfennig erhöht worden war. Für die Weihnachtsbescherung von Kölner Kriegswaisen wurden bis zu 75 000 Mark ausgeworfen. Der Siedlungsgesellschaft „Rheinisches Heim“ und der Gemeinde Bitterscheid wurden Grundstücke von insgesamt 7 Hektar 95 Ar 74 Quadratmeter zu 60 Pfennig für das Quadratmeter anhandgegeben. Die städtische Krankenanstalt Lindenburg erhält zur Versorgung mit Kohlen einen Gleisanschluß, der zwar 43 000 Mark kostet, aber jährlich 19 000 Mark Fuhrkosten erspart. Die Versammlung genehmigte die Umwandlung der Stadtbauinspektorstelle beim Maschinenbauamt in die Stelle eines Stadtbaurats für Maschinenwesen und fand gegen die Übertragung der Stelle an Stadtbauinspektor Meyer nichts zu erinnern.